

ANFRAGE Stadträtin Bettina Lisbach (GRÜNE) Stadtrat Alexander Geiger (GRÜNE) Stadtrat Manfred Schubnell (GRÜNE) vom 16.06.2010	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	13. Plenarsitzung Gemeinderat 27.07.2010 460 25 öffentlich
Meldepflichtige Ereignisse auf dem Gelände der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe		

- 1) Wann wurde die Stadtverwaltung über die erhöhte Emission aus dem Abgas-system der Lagerungs- und Verdampfungsanlage (LAVA) am 21.04.2010 auf dem Gelände der WAK unterrichtet?
- 2) Wann wurde die Stadtverwaltung über die Höherstufung des Ereignisses auf Grund der nachträglich festgestellten 2,5fachen Überschreitung der Tages-werte für Alpha- und Beta-Aerosole in Kenntnis gesetzt?
- 3) Hält die Stadtverwaltung es für sinnvoll, über meldepflichtige Ereignisse auf dem Gelände der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe in der Stadtzeitung zu berichten?
- 4) Wurde von Seiten der Stadtverwaltung die amtliche Bekanntmachung vom 23.04.2010 über die Erteilung einer Genehmigung zur Stilllegung und zum Abbau der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe: Schritt 4 „Deregulierung nach Verglasungsende“ eingesehen und sieht die Stadtverwaltung die Mög-lichkeit, zukünftig bei den noch ausstehenden Rückbauschritten auch eine Auslage im Rathaus Karlsruhe zu ermöglichen?
- 5) Besteht die Möglichkeit, den jüngst bekannt gemachten „Schritt 4: Deregulie-rung nach Verglasungsende“ im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit vor-zustellen?

Sachverhalt/Begründung:

Am 21.04.2010 traten auf dem Gelände der WAK erhöhte Emissionen auf. Die erste Bewertung des Ereignisses musste am 12.05.2010 korrigiert werden und das Ereig-nis wurde höhergestuft. Die BNN berichtete darüber nicht.

Ziel der Anfrage ist, zu erfahren, wie aktuell die Stadt von Seiten der Landesregie-rung über Ereignisse auf dem Gelände der WAK informiert wird, um eine möglichst optimale Information der Karlsruher Bevölkerung sicherzustellen.

Des Weiteren wurde am 23.04.2010 die Genehmigung zur Stilllegung und zum Abbau der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe, Schritt 4 „Deregulierung nach Vergabungsende“ öffentlich gemacht. Hierbei geht es um Änderungen an der Lüftungsanlage, der Kühlwasserversorgung, der Abwasserentsorgung, der Emissionsüberwachung und der Stromversorgung. Diese Unterlagen konnten nur bei den Rathäusern Eggenstein-Leopoldshafen, Linkenheim-Hochstetten und im Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr eingesehen werden.

Auch in Karlsruhe gibt es eine interessierte Öffentlichkeit bzgl. der Stilllegung und des Rückbaus der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe. Mit der Anfrage soll auch der leichtere Zugang zu Informationen über den Rückbau für die Karlsruher Bevölkerung thematisiert werden.

unterzeichnet von:

Bettina Lisbach

Alexander Geiger

Manfred Schubnell

Hauptamt - Sitzungsdienste -

16. Juli 2010